



Interviews

Datum: 05. Februar 2024

Verena Hubertz, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, im Gespräch mit Moritz Küpper

Moritz Küpper: Am Telefon ist nun Verena Hubertz, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Trier, direkt gewählt dort. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, dort zuständig für die Wirtschaftspolitik. – Guten Morgen!

Verena Hubertz: Guten Morgen, Herr Küpper!

Küpper: Frau Hubertz, wie überrascht Sie diese Debatte nun?

Hubertz: Ich bin dankbar, dass wir in einer Demokratie genau jetzt diese Debatte führen, denn wir müssen investieren. Das merkt jedes Unternehmen, jeder Mensch in diesem Land. Das ist nicht ganz einfach und deswegen ist es doch gut, dass jetzt hier die Ideen auf den Tisch kommen und wir dann miteinander – da bin ich sehr sicher – einen guten Weg finden werden.

Küpper: Ich will inhaltlich ausführlich mit Ihnen darüber sprechen, aber Ihr SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich hat vergangene Woche erst gesagt, politische Grundsatze debatten darf man auch in dieser Koalition führen und Geschlossenheit gemahnt. Nun dieser öffentliche Dialog. Wie erklären Sie sich diesen Regierungsstil?

Hubertz: Genau das hat Herr Mützenich auch gesagt. Wir dürfen sie und müssen sie auch öffentlich führen. Er hat ja auch in seiner Rede der Haushaltswoche letzte Woche einige Themen noch mal eingeordnet.

Küpper: Aber Geschlossenheit ist doch etwas anderes als das, was wir gerade erleben.

Hubertz: Geschlossenheit verbinde ich damit, dass wir miteinander - - Konstruktiv um Ideen zu ringen, ist ja erst mal nichts Verkehrtes, und Geschlossenheit definiere ich, indem wir nicht, wenn wir mal einen politischen Kompromiss gefunden haben, eine Stunde der eine wieder das sagt und der andere das sagt. Von daher: Ringen um Ideen muss immer Teil einer Parlamentarischen Demokratie sein.

Küpper: Christian Lindner, der Bundesfinanzminister hat gesagt, er hätte diese Rede im Bundestag von Robert Habeck nicht gebraucht.

Hubertz: Das ist ja seine subjektive Einschätzung. Dann sollen die beiden noch mal miteinander sprechen, was sie auch tun, und da bin ich jetzt nicht die Bundeswirtschaftsministerin. Das hat Herr Habeck genauso entschieden. Von daher können zwei Regierungsmitglieder dann auch miteinander noch mal ins individuelle Gespräch gehen.

Küpper: Es ist nicht nur ein Streit in der Sache, sondern auch im Stil?

Hubertz: Stil ist immer was Eigenes, was man prägt, und da möchte ich jetzt hier nicht in die Bewertung gehen. Ich fand das sehr gut, dass der Wirtschaftsminister – und das hat er ja auch gesagt -, alle sagen immer, was nicht geht, ich mache jetzt mal einen Vorschlag, ich lade alle dazu ein, auch die Opposition, die ja immer wieder sagt, wir müssen die Steuern senken für Unternehmen, wir müssen mehr investieren. Aber wie sie gegenfinanzieren wollen, das sagt die Union nicht, und deswegen finde ich das einen guten Vorschlag, der jetzt mit in der Debatte ist.

Küpper: Christian Lindner hat das Sondervermögen, das von Habeck ins Spiel gebracht wurde, direkt schon wieder abgelehnt.

Hubertz: Wir werden sehen, welche Ideen und welche Vorschläge jetzt noch. Das Gute ist ja, der Bundeshaushalt 2025 steht jetzt nicht morgen an. Natürlich ist die Lage ernst, aber sie ist nicht hoffnungslos, und deswegen müssen wir alle mit ernsthaftem Bemühen Ideenwege prüfen. Herr Lindner hat ja auch schon angekündigt, dass er froh ist, dass wir jetzt da auch konkreter werden, und dann bin ich mal gespannt, welche Vorschläge auch die FDP noch mit einbringt.

Küpper: Dann werden wir konkreter. Was ist Ihre Überzeugung? Braucht es auch schuldenfinanzierte Investitionen, oder braucht es diesen rechtskonformen Sparwillen, um künftigen Generationen Entscheidungsspielräume zu erhalten?

Hubertz: Wir müssen definitiv investieren, denn das hilft der nächsten Generation, und nicht alle Schulden sind schlechte Schulden. Man kennt das ja individuell. Unternehmen investieren in Anlagen, in Gebäude. Die forschen nicht, weil es sich morgen auszahlt, sondern übermorgen. Genau diese Weitsicht brauchen wir. Wir können uns jetzt unterm Strich nicht zu Tode sparen.

Ich finde es aber auch ganz wichtig, dass wir neue Wege prüfen, die vielleicht zwischen „wir erhöhen die Steuern“ oder „wir machen neue Schulden“ liegen. Deswegen haben wir uns als SPD sowohl als Fraktion als auch als Partei für einen Staatsfonds, einen sogenannten Deutschlandfonds ausgesprochen, der auch noch mal massiv privates Kapital über eine Kapitalsammelstelle heben kann.

Küpper: Ist dieser Begriff, den Sie gerade genannt haben, Deutschlandfonds ein weiterer Name für dieses habecksche Sondervermögen Wirtschaft, oder was ist das?

Hubertz: Nein, das ist etwas ganz Neues. Das ist in der Tat mal ein Fonds, auch eine eigene Rechtsform, zum Beispiel eine Kapitalgesellschaft, die wir dann dort gründen würden, wo die Pensionskassen wie zum Beispiel die Allianz, oder in Deutschland schlummert ja ganz viel institutionelles Kapital mit Niedrigzinsen dann auch mal für die Infrastruktur investiert werden kann. Im Moment haben wir so was nicht und das führt dann dazu, dass zum Beispiel ein Staatsfonds aus Singapur in BioNTech investieren musste, weil uns für Innovation, für Infrastruktur-Investments gerade im sogenannten Later Stage Bereich, hinten raus, wo wir das Wachstum ankurbeln müssen, da fehlt uns wirklich das Kapital in diesem Land. Deswegen ist das ein sehr kluger Vorschlag, den wir jetzt auch weiter konkretisieren wollen.

Küpper: Verstehe ich Sie richtig? Der Staat soll einen Fonds auflegen für privates Geld?

Hubertz: Nein. Der Staat legt diesen Fonds auf. Er wird auch da etwas einbezahlen. Aber vor allen Dingen werden die privaten Geldgeber ...

Küpper: Aber Sie haben ja selber gesagt, dass es wichtig ist zu sagen, woher das Geld kommt. Woher kommt das Geld? Sind das Schulden, oder woher kommt das Geld?

Hubertz: Wir würden dieses Geld einsammeln. Ich habe in meiner vorherigen Verwendung ein Unternehmen gegründet. Da spricht man vom sogenannten Fundraising. Man geht dann zu diesen großen Investoren und sagt, wollt ihr hier nicht reininvestieren, und das ist interessant.

Küpper: Privates Geld?

Hubertz: Privates Geld, aber wir legen natürlich auch was rein.

Küpper: Mit Renditeerwartungen?

Hubertz: Natürlich! Aber Infrastruktur bringt ja auch Rendite und deswegen ist Investieren immer klug.

Küpper: Verkaufen Sie damit nicht indirekt die Infrastruktur des Landes an Private?

Hubertz: Es muss sichergestellt werden, dass das jetzt nicht am Ende des Tages, wie dann auch das Geschäftsmodell dahinter aussieht. Wir haben dann eine Teilhabe an dieser Infrastruktur, aber das passiert ja jetzt auch schon. Uns gehört ja auch nicht jeder Windpark, jede Autobahn, die Autobahn vielleicht noch, aber die Infrastruktur gerade im Bereich der zukunftsfähigen Technologien - Wir sind ja keine

Planwirtschaft und deswegen sind auch genau diese privatwirtschaftlichen Investitionen so wichtig. Die gilt es zu lenken, klug in die Zukunft unseres Landes.

Küpper: Haben Sie diesen Vorstoß, diese Idee des Deutschlandfonds schon mit den Grünen und auch mit der FDP, Ihren Partnern, Ihren Koalitionspartnern abgestimmt, oder folgen Sie eher dem Stil von Robert Habeck und Christian Lindner, einfach mal einen Vorstoß und dann diskutiert man öffentlich?

Hubertz: Erst mal ist immer wichtig, wohin will man selbst, und dann kann man mit anderen reden. Das ist ja das Schöne im Parlament. Wir sitzen in ganz vielen Runden, in ganz vielen geschlossenen Räumen und da wird natürlich über Ideen gesprochen, und das ist auch etwas, was jetzt keiner per se erst mal ablehnt. Deswegen ist es gut, auf dieser Idee auch weiter zu denken und zu arbeiten.

Küpper: Das fällt in der Ampel-Koalition auf fruchtbaren Boden?

Hubertz: Erst mal hat mir keiner gesagt: „geh weg“. Ich habe da jetzt erst mal Interesse wahrgenommen, weil wir brauchen ja einen Weg. Nur zu sagen, was nicht geht – da bin ich beim Bundeswirtschaftsminister -, wird nicht gehen.

Küpper: Sie sind auch beim Bundesfinanzminister, wenn ich diesem Modell jetzt folgen darf, dass die Schuldenbremse bleibt?

Hubertz: Da haben wir als SPD-Bundestagsfraktion auch eine andere Haltung. Wir sehen aber durchaus, dass das in der FDP eine andere Grundüberzeugung ist. Das muss man erst mal so akzeptieren. Aber es gibt noch etwas zwischen Abschaffen und Beibehalten, nämlich die sogenannte Reform. Da haben auch jetzt die Wirtschaftsweisen sehr kluge Vorschläge gemacht und auch da müssen wir prüfen und schauen, wie können wir im Rahmen dessen flexibilisieren, dynamisieren und auch mehr Zeitgemäßheit reinbekommen.

Küpper: Das sind alles Zukunftsideen. Relativ kurzfristig, hat der Finanzminister jetzt gesagt, könnte man den Solidaritätszuschlag endgültig abschaffen, um damit Impulse zu setzen, Geld zurückzugeben. Wäre das eine gute Maßnahme?

Hubertz: Kann man immer diskutieren. Dann ist die Frage: Das Geld wird fehlen im Bundeshaushalt. Und bei dem steuerlichen Aufkommen, wo denn dann entsprechend auch wieder was eingespart wird. Deswegen finde ich es sinnvoll, wenn wir alle Vorschläge mal auf den Tisch packen und dann miteinander gucken, was geht und wo kommen wir mit ans Ziel. Im Ziel sind wir geeint. Wir brauchen Investitionen, wir müssen entlasten. Deswegen bin ich mir auch sicher, dass wir auch das wieder miteinander hinbekommen.

Küpper: Das heißt, die Ampel müsste sich einfach mal zusammensetzen und alle Vorschläge aus allen drei Lagern auf den Tisch legen und darüber sprechen, hinsichtlich der Wirtschaftspolitik. Geschieht das nicht?

Hubertz: Natürlich müssen da Gespräche stattfinden, die ja auch stattfinden. Aber die Welt und gerade diese Herausforderung ist nicht so ganz einfach. Deswegen ist das auch ein Prozess, den wir jetzt nicht nächsten Dienstag, 14:30 Uhr, beendet haben werden, sondern wo wir uns jetzt auch ernsthaft die Zeit nehmen, die Konzepte weiter zu konkretisieren, die Berechnungen anzustellen und zu schauen, wie geht das dann miteinander gut zusammen.

Küpper: Aber die Zeit drängt. Es gibt Brandbriefe aus der Wirtschaft, der ostdeutschen Wirtschaft, auch von Unternehmen anderswo, von Unternehmensverbänden.

Hubertz: Natürlich! Aber die Brandbriefe bekommen wir auch. Die betreffen ja nicht nur das investitorische Delta, sondern auch ganz viele andere Rahmenbedingungen, die strukturell so gewachsen sind. Ich gucke auf den Bürokratieabbau, wo jetzt auch Bäcker sich an uns wenden, Metzgereien, die sagen, Mensch, ihr macht doch dieses Bürokratie-Entlastungsgesetz, hier sind noch mal zehn ambitioniertere Vorschläge, und das ist mein Anspruch, jetzt als Parlamentarierin auch zu sagen, wo können wir kurzfristig helfen, und natürlich wollen wir auch diese Investitionsfrage so schnell wie möglich miteinander klären. Aber meine Erfahrung zeigt in diesem Parlament, das ist auch nicht immer alles heute oder morgen zu klären, und deswegen muss man das auch vernünftig tun. Denn wenn man Menschen einbezieht, wenn man unterschiedliche Meinungen und Verbände und auch Pros und Kontras mit berücksichtigt, kommt am Ende des Tages vielleicht auch ein besserer Vorschlag dabei herum als ein Schnellschuss.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.